

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 46 (1967)
Heft: 4

Rubrik: Profile der Weltpolitik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Profile der Weltpolitik

Papst Paul VI. Enzyklika «Populorum progressio»

«Schon eine erste Durchsicht der neuen Enzyklika zeigt mit aller Deutlichkeit, mit welcher Entschiedenheit sich der Papst auf die Seite der modernen Erkenntnisse wirksamer Entwicklungshilfe stellt, auch wenn diese Erkenntnisse für manche Ohren harte Wahrheiten, ja beinahe Ärgernisse darstellen.» So beginnt ein Kommentar der katholisch-konservativen «Neuen Zürcher Nachrichten» zur jüngsten Enzyklika «Populorum progressio» (Rundschreiben «Über den Fortschritt der Völker») von Papst Paul VI. Und der Kommentar endet wie folgt: «Darin liegt wohl der eigentliche Grundgedanke der Enzyklika: die Verteidigung des Friedens erfolgt in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts nicht mehr mit militärischen Mitteln, sondern durch die Entwicklungshilfe, durch den Aufbau einer Weltgemeinschaft, in der alle Menschen die Möglichkeit eines menschenwürdigen Daseins besitzen. Es ist zwar eine harte Wahrheit, die etliches Umdenken erfordert, aber mit diesem Umdenken steht und fällt wohl die Zukunft der Menschheit, der Zivilisation und Kultur und aller Werte, die uns teuer sind.»

Man kennt den Ausspruch «päpstlicher sein als der Papst», was besagt, man sei noch konservativer als der Papst, der jahrhundertlang als der Inbegriff der Tradition, des Konservativismus galt. Heute ist es sehr leicht, päpstlicher zu sein als der Papst, und der zitierte Kommentar sagt denn auch alles, wenn er von «harten Wahrheiten, ja beinahe Ärgernissen, vom Umdenken» spricht. Die Enzyklika enthält denn auch «harte Wahrheiten, beinahe Ärgernisse» für katholisch-konservative Kreise. Der Papst fordert zum Beispiel einen Zivildienst und die Möglichkeit, Militärdienst als Dienst in der Entwicklungshilfe zu leisten. In dieser Frage zeigten sich in der kürzlichen Nationalratsdebatte oder im Luzerner Grossen Rat kk-Kreise weitaus päpstlicher als der Papst.

Wenn Paul VI. in seinem Rundschreiben vorschlägt, einen Weltfonds für Entwicklungshilfe zu gründen, der hauptsächlich aus abgezweigten Mitteln aus den Militärbudgets gespeist werden soll, so steht er sogar links von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, die an ihrem Berner Parteitag vom Oktober 1965 ähnliche Anträge abgelehnt hat. Dazu die «Neuen Zürcher Nachrichten»: «Natürlich weiss der Papst, dass diese Forderung unbeliebt ist, nur wenig Chancen auf Verwirklichung hat; aber die Forderung ist aufgestellt, und es ist eine Forderung, die einen Gewissensentscheid verlangt.»

Ausführlich befasst sich der Papst mit den sozialen Forderungen. Er betont, dass die Güter für alle da seien. Der Mensch habe das Recht, das zu finden, was er nötig habe. Während gerade die katholische Kirche es jahrhundertlang als selbstverständlich und gottgewollt hinnahm, dass es

Reiche und Arme gab, Not und Verschwendung, dass man den Armen hier und da ein Almosen zukommen liess, so setzt nun Papst Paul das Gemeinwohl an erste Stelle. Das Recht auf Eigentum dürfe niemals zum Schaden des Gemeinwohls genutzt werden. Das Gemeinwohl verlange deshalb manchmal eine Enteignung, wenn ihm ein Privatbesitz hemmend im Wege steht. Vielleicht nehmen das gewisse Kreise in schweizerisch katholisch-konservativen Kreisen bereits im Hinblick auf die kommende Abstimmung über die Bodenrechtsinitiative zur Kenntnis.

Papst Pauls Enzyklika ist weltoffen und realistisch, er wendet sich nicht nur an die Katholiken, sondern betont die Notwendigkeit des Dialogs, der weltweiten Gemeinschaft. Es gelte, «den vollen Humanismus zu entfalten, eine umfassende Entwicklung des ganzen Menschen und der ganzen Menschheit» sei nötig. Der neue Name für Frieden sei heute Entwicklung. Für Entwicklung und damit Frieden trügen zwar in erster Linie die einzelnen Völker die Verantwortung, doch getrennt könnten sie es nicht schaffen.

Papst Paul VI. folgt mit seinen durchaus sozialistischen urchristlichen Ideen der Linie seines Vorgängers Johannes XXIII. Man darf gespannt sein, wie seine «harten Wahrheiten, ja beinahe Ärgernisse» in konservativen katholischen Kreisen aufgenommen werden oder ob man sich vor dem Umdenken drückt.

Neuer Plan U Thants für Waffenstillstand in Vietnam

Der Generalsekretär der UNO, U Thant, hat seine Hoffnungen nicht aufgegeben, die sich in Vietnam bekämpfenden Parteien doch noch an den Verhandlungstisch zu bringen. Obwohl er schon mehrmals erleben musste, dass seine Vorschläge in den Wind geschlagen wurden, was auch ein Grund war für seine seinerzeitigen Rücktrittsabsichten, hat er dieser Tage einen neuen Plan vorgelegt, der zu Verhandlungen führen sollte. Aus dem Wortlaut seiner Vorschläge spricht deutlich seine Skepsis und seine Besorgnis. In realer Einschätzung der Lage verzichtet er darauf, weitgehende Friedensvorschläge zu machen, sondern regt an, einen Waffenstillstand zu vereinbaren, der dazu benützt werden sollte, die Genfer Konferenz von 1954 zu reaktivieren.

In seinem Memorandum führt U Thant einleitend aus: «Bei zahlreichen Gelegenheiten in der Vergangenheit hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen seiner lebhaften Besorgnis über den Vietnamkonflikt Ausdruck gegeben. Diese Besorgnis wird verstärkt durch die wachsende Raserei des Krieges mit allen seinen Folgen: eine ständig steigende Zahl von Toten, die unsagbaren Leiden der Bevölkerung, ein Land, das entsetzlichen Verwüstungen preisgegeben ist, die Entwurzelung einer ganzen Gesellschaft, astronomische Summen, welche für den Krieg ausgegeben werden, und nicht zuletzt die wachsende Bedrohung, die auf dem Weltfrieden lastet und

um den der Generalsekretär immer mehr bangt. Aus diesen Gründen hat er seit ungefähr drei Jahren den in erster Linie am Krieg beteiligten Parteien Anregungen und Vorschläge unterbreitet, welche auf verhandlungsbegünstigende Bedingungen abzielten, Anregungen und Bedingungen, welche die Parteien leider nicht angenommen haben. Die Friedensaussichten scheinen heute so entfernt wie nie zuvor.»

Wenn auch die *Friedensaussichten so entfernt wie nie scheinen*, so bekräftigt der Generalsekretär seine Überzeugung, *dass eine Einstellung der Bombardierungen über Nordvietnam eine fundamentale Notwendigkeit ist, und zwar sowohl aus moralischen und humanitären Gründen wie auch deswegen, weil es diejenige Massnahme ist, welche nützliche Gespräche einleiten könnte.*

U Thant sieht die Beendigung der Feindseligkeiten in den drei folgenden Etappen:

- ein allgemeiner Waffenstillstand mit Beibehaltung des jetzigen Zustandes,
- Vorverhandlungen,
- Wiederaufnahme der Genfer Konferenz.

Die Forderung des Generalsekretärs, jede militärische Aktivität sei von allen Parteien einzustellen, ist eine praktische Notwendigkeit, wenn man nützliche Friedensverhandlungen anstrebt. Der Generalsekretär ist nun der Ansicht, dass ein allgemeiner Waffenstillstand mit Beibehaltung des jetzigen Zustandes das einzige Mittel ist, um zu fruchtbaren Verhandlungen zu gelangen.

Eine erste Schwierigkeit taucht auf, weil bei einem Waffenstillstand eine wirksame Überwachung bei der Art des Krieges in Vietnam unmöglich erscheint. Auch eine neutrale Überwachungskommission wäre vor einer unlösbaren Aufgabe, wenn nicht beide Lager den wirklichen Willen zu Gesprächen zeigen. Die USA haben sich bisher immer geweigert, die Bombardierungen längere Zeit einzustellen, weil Nordvietnam diese Pausen jeweils benützte, um seinen Nachschub zu verstärken und bombardierte Strassen und Brücken wieder aufzubauen. Schon der erste Punkt, *ein allgemeiner Waffenstillstand mit Beibehaltung des jetzigen Zustandes*, scheint schwierig, ja fast unmöglich, zu verwirklichen.

Sollte es aber doch in absehbarer Zeit zu einem Waffenstillstand kommen, so sieht U Thant zuerst direkte Gespräche zwischen den USA und Nordvietnam, zu denen dann die Präsidenten der Genfer Konferenz, Grossbritannien und die Sowjetunion, hinzugezogen werden sollen. Aus diesen Vorverhandlungen sollte dann die Wiederaufnahme der Genfer Konferenz resultieren.

U Thant schreibt unter Hinweis auf eine dann auftretende Schwierigkeit: «In diesen Vorverhandlungen müsste angestrebt werden eine Einigung über Datum, Ort und Tagesordnung der folgenden offiziellen Kon-

ferenz — der Wiederaufnahme der Genfer Konferenz — sowie über die Teilnehmer an dieser Konferenz zu erzielen. Der Generalsekretär glaubt unterstreichen zu müssen, dass die Frage der Teilnehmer an offiziellen Verhandlungen nicht ein Hindernis auf dem Wege einer Regelung bilden darf.»

Der Generalsekretär ist der Ansicht, dass sowohl die Regierungen von Hanoi und Saigon als auch die Nationale Befreiungsfront (Vietkong) an den Verhandlungen teilnehmen sollten, die Nationale Befreiungsfront, *weil auch sie in die militärischen Operationen verwickelt ist*. Wie erinnerlich, lehnt es die Regierung Südvietnams, obwohl sie ganz von Washingtons Gnaden lebt, ab, den Vietkong als Verhandlungspartner anzuerkennen.

Die USA und Grossbritannien haben U Thants Vorschläge positiv aufgenommen, obwohl sich Aussenminister Rusk keinen Illusionen hingab. Aus Saigon verlauteten eher skeptische Töne, ebenso aus Hanoi, das offenbar darauf beharrt, dass die USA zuerst die Bombardierungen Nordvietnams einstellen sollten, bevor Verhandlungen stattfinden könnten.

U Thants Bemühungen stellen im Moment nichts weiter dar als einen kleinen Hoffnungsschimmer, aber immerhin scheint er fest daran zu glauben, dass er eines Tages doch noch Erfolg haben könnte. Und das ist schon etwas in einer beinahe ausgeweglosen Situation.

Vor 50 Jahren

Lenins Heimkehr

Von Georg Scheuer (Paris)

Anfang April 1917, einige Wochen nach dem Ausbruch der Märzrevolution und dem Sturz des Zaren, kehrte Lenin mit einer Reihe von anderen russischen Emigranten aus der Schweiz nach Russland zurück. Er durchquerte das kaiserliche Deutschland in einem plombierten Waggon auf Grund eines Abkommens mit dem Oberkommandierenden General Ludendorff. Das Abkommen zwischen russischen Revolutionären und deutschen Militaristen ist eine der merkwürdigsten Begebenheiten in der Geschichte unseres Jahrhunderts. Der deutsche Generalstab hoffte 1917, Lenin werde die militärische Widerstandskraft Russlands durch revolutionäre Propaganda weiter zersetzen; das wilhelminische Kaiserreich wollte dann den Nutzen daraus ziehen. Lenin akzeptierte den Handel, ohne sich politisch festzulegen. Er versprach nur, auf der Reise durch Deutschland im Waggon zu bleiben. Die gleiche Verpflichtung unterschrieben auch